

## Peruanisch-brasilianische Stromrechnungen

### Konflikte um das geplante Wasserkraftwerk *Inambari*

Groß und massig schaut der eine väterlich auf den kleinen Kollegen mit dem grauen Vollbart hinab. Das tatsächliche Machtverhältnis zwischen Peru und Brasilien ist gegenläufig zur Statur ihrer Regierungschefs. Brasilien, vom klein gewachsenen Ignacio Lula de Silva geführt, ist die aufstrebende Großmacht Amerikas, die den Takt vorgibt. Das Nachbarland Peru, vom fast zwei Meter großen und mit dem Alter auch in die Breite gegangenen Alan García regiert, ist gegen Brasilien noch ein Entwicklungsland, das dank des weltweiten Rohstoffbooms auf der Wachstumswelle mitschwimmt. Seinen Rohstoffen ist es auch zu verdanken, dass Brasiliens und Perus Präsidenten so viel Wohlgefallen aneinander finden.

VON HILDEGARD WILLER

Angeblich soll Alan García den Vorschlag gemacht haben: Während das flache Brasilien sein Wasser künstlich stauen müsse, um Strom für seinen steigenden Bedarf zu erzeugen, habe Peru die Anden, wo das Wasser sowieso falle. Brasilien könne doch in den östlichen Andenabhängigen Perus Wasserkraftwerke bauen und den Strom dann aus Peru importieren. Das sei zudem noch ein sauberes, umweltfreundliches Geschäft, zählt doch die Wasserkraft zu den erneuerbaren Energieträgern. Die Studien lägen auch schon vor. Im Zuge des ersten Erdölboykotts der arabischen Staaten in den 70er Jahren hatte die GTZ im Auftrag der Salzgitter AG sechs mögliche Standorte für Wasserkraftwerke in Peru abgeklärt. Die Gutachten lagen seitdem in der Schublade des Ministeriums und wurden flugs wieder herausgeholt.

Noch im Dezember 2009 reiste Lula nach Lima und unterzeichnete eine Absichtserklärung für ein brasilianisch-peruanisches Energieabkommen. Während die beiden Präsidenten sich in der peruanischen Hauptstadt als neue Integrationsträger Lateinamerikas feierten, gingen die Menschen in Puno auf die Straße.

Die kleine Stadt Mazuko liegt am Kreuzungspunkt der Departements Madre de Dios, Cusco und Puno. Auf der neu erbauten Schnellstraße *Interoceánica*, die Brasilien und Peru und damit auch den Atlantischen mit dem Pazifischen Ozean verbindet, ist man in vier Stunden an der brasilianischen Grenze und in weiteren zwei Stunden in Cusco. Nach Puno, der Stadt am Titicacasee, braucht der Bus dagegen noch zwölf Stunden, wenn es regnet auch länger. Der Straßenabschnitt, auf dem der Bus vom Tiefland auf 4000 Meter hoch ruckelt, ist noch nicht asphaltiert, sollte es aber bald sein – wenn nicht das neue Wasserkraftwerk *Inambari* dazwischen gekommen wäre. Beim Dorf San Gabán auf halber Strecke zwischen Mazuko und Puno soll der Fluss Inambari gestaut, 40 000 Hektar Land sollen dafür überschwemmt werden, damit hier der fünftgrößte Staudamm Lateinamerikas mit brasilianischen Geldern gebaut werden kann. Bis zu 6000 Personen wohnen hier, Kleinbauern und Goldgräber, die umgesiedelt werden sollen. Und die geplante asphaltierte Straße soll auf 35 Kilometern überschwemmt und verlegt werden.

Rosario Linares ist Mitglied der „Zivilgesellschaft für den Bau der Schnellstraße *Interoceánica*“ (SOCIT) in der Departementhauptstadt Puno und erbost darüber, dass Puno damit von den Segnungen des neuen Handelsweges abgeschnitten sein wird. Noch erboster ist die gesamte Bevölkerung Punos allerdings darüber, dass Lima wieder einmal über ihre Köpfe hinweg bestimmt hat. Eines Tages erschienen die Ingenieure der neugegründeten Betreiberfirma EGASUR – hinter der sich die brasilianischen Großfirmen Electrobrás, Furnas und OAS verbergen – in den Dörfern um San Gabán und teilten der Bevölkerung mit, dass auf ihrem Land

der größte Staudamm Perus gebaut werden soll. Das Ministerium in Lima hatte die Konzession ohne Rückfrage mit den Betroffenen vergeben. Die Regierung hatte sie, die Puneños, wieder mal verkauft, noch dazu an das Ausland, an Brasilien. Schnell war im ohnehin nicht konfliktscheuen Puno das Thema Inambari in aller Munde. „Brasilianer raus“ war auf den Hauswänden der von der Umsiedlung bedrohten Dörfer Lechemayo, Loromayo und Puerto Manoa zu lesen. Während Lula und García in Lima ihre Absichtserklärung unterzeichneten, riefen die Puneños zum Protestmarsch gegen Inambari, gegen den Entschluss der Zentralregierung und gegen den Ausverkauf an Brasilien auf.

Dabei hatte der Deal zwischen Lula und García gar nicht so schlecht ausgesehen. Brasilien baut mit eigenem Geld die für Peru unerschwinglichen Wasserkraftwerke auf peruanischem Boden – zuerst war von sechs Stück die Rede – und betreibt sie. Peru hat Exporterlöse, kann seine eigene Energienachfrage bedienen und bekommt am Ende die Infrastruktur übereignet. Dies sollte man doch auch den BewohnerInnen Punos erklären können, dachte der für die Stromerzeugung zuständige Vizeminister Daniel Cámac und machte sich auf den Weg nach San Gabán. Sein Besuch dort geriet zum Nachweis dafür, dass die Beziehungen zwischen der Hauptstadt und den Provinzen in Peru immer noch koloniale Züge aufweisen.

Als der Vizeminister samt Beamtenapparat aus Lima im Geländewagen in San Gabán ankam, wartete die Bevölkerung bereits auf dem Fußballplatz des Dorfes. Von der Tribüne herab sprach der Vizeminister vor allem darüber, dass er eigentlich noch gar nichts sagen könne, weil die entsprechenden Gutachten noch nicht vorlägen. Verantwortlich für die Gutachten sei das brasilianische Unternehmen. Das Publikum reagierte mit harscher Kritik und verbaler Aggression, wie sie in Puno gang und gäbe ist. Der Vizeminister bekam Angst vor seinem eigenen Volk und trat den Rückzug an. Noch bevor er alle Fragen beantwortet hatte, war er, umgeben von seinen Sicherheitsleuten, in seinem Geländewagen wieder abgebraust. Anstatt Fragen zu klären und in einen Dialog zu treten, hatte er die lokale Bevölkerung erst recht gegen sich aufgebracht.

Der fehlende Dialog zwischen Zentralregierung und lokaler Bevölkerung ist typisch für viele soziale Konflikte, die die peruanische Gesellschaft außerhalb der Hauptstadt heute prägen. Trotz des vor zehn Jahren eingeleiteten Dezentralisierungsprozesses werden Konzessionen zur Ressourcenausbeutung weiterhin unilateral in Lima vergeben. Der auch von Peru unterzeichnete Artikel 169 der ILO-Konvention, der die vorherige Konsultation der indigenen Bevölkerung vorschreibt, wurde in Peru bisher nicht umgesetzt. Erst nach dem Massaker in Bagua am 5. Juni 2009, bei dem 22 Polizisten und zehn Zivilpersonen ums Leben kamen, kam eine Gesetzesvorlage über eine *consulta previa* – die gesetzlich vorgeschriebene Einbeziehung der lokalen, vor allem indigenen Bevölkerung bei der Entscheidung über Rohstoffkonzessionen – vors peruanische Parlament.

Im Februar 2010 schalteten sich die landesweit tätigen Umwelt-NGOs aus Lima in die Energiedebatte ein. In einem ersten öffentlichen Kommuniqué bemängelten sie vor allem die fehlende öffentliche Diskussion und die Eile, mit der die peruanische Regierung das Energieabkommen mit Brasilien durchpeitschen möchte. Sie wiesen darauf hin, dass Peru keinen nachhaltigen Entwicklungsplan für sein Amazonas-Becken hat und dass der Vertrag mit Brasilien zum Nachteil Perus geschlossen wird, indem Energie ans Ausland verkauft wird, die das Wachstumsland Peru selbst benötigen wird. Die Umweltgefahren, die von Großstaudämmen ausgehen, seien zudem groß. Die Zerstörung der Biodiversität, aber auch die Erhöhung der Treibhausgase durch die Überflutung spricht der Mär von der „sauberen Energie“ Hohn. Alle Einwände nutzten nichts. Der Energiehunger Brasiliens und der Wunsch Präsident Garcías, vor Ablauf seiner Amtszeit als Präsident der südamerikanischen Integration in die

Geschichtsbücher einzugehen, waren stärker. Am 16. Juni unterzeichneten Lula und García in Manaus das Energieabkommen. Darin wird der Bau von Staudämmen zur Erzeugung von 6000 Megawatt Strom festgelegt. Peru verpflichtet sich damit, über 30 Jahre lang Brasilien mit seinen Stromüberschüssen zu beliefern. Für Brasilien, das eben den Bau eines Megastaudamms zur Erzeugung von 10 000 Megawatt in Belo Horizonte genehmigt hat, sind die peruanischen Staudämme mit je höchstens 2000 Megawatt nicht der Rede wert. In Peru jedoch fängt die Debatte darüber, welche Entwicklung für das Amazonasbecken wünschenswert und welches die Rolle der indigenen Völker dabei ist, jetzt erst an. Wenige Tage nach Unterzeichnung des Energieabkommens hat die peruanische Regierung Einspruch gegen das Gesetz der „vorherigen Konsultation“ erhoben. Die Regierung sperrt sich vor allem gegen ein mögliches Vetorecht der lokalen Bevölkerung bei der Ressourcenausbeutung.

Vizeminister Daniel Cámac beteuert zwar immer wieder, dass der Staudamm nur mit Zustimmung der Bevölkerung gebaut werden wird. Indes hat die Regierung ob ihres intransparenten Vorgehens bei der lokalen Bevölkerung kaum noch Glaubwürdigkeit. Dazu passt auch, dass sie eben die Genehmigung für die Gesellschaft EGASUR verlängert hat, ihre Studien fertigzustellen. Dies bedeutet nichts Anderes, als dass das brasilianische Konsortium nun alle Anstrengungen daran setzen wird, die betroffene Bevölkerung in San Gabán – ca. 6000 Menschen – davon zu überzeugen, dass sie ihrer Umsiedlung zustimmen.

Ein Ende der Auseinandersetzung ist nicht abzusehen, schon gar nicht angesichts der bevorstehenden Kommunal- und Präsidentschaftswahlen. In Puno hört man des öfteren die Befürchtung, dass Inambari zu einem zweiten „Bagua“ werden und dass es zu massiven Gewaltausschreitungen kommen könnte, wenn die Regierung nicht von ihrem Vorhaben ablässt. Lula und García lassen sich davon ihre gute Laune noch nicht verderben. Vielleicht aber, so wäre zu hoffen, hat der brasilianische Präsident gespürt, dass die Expansionsbestrebungen Brasiliens wohl das Wohlgefallen der Amtskollegen finden mögen, in den Augen vieler PeruanerInnen jedoch das ehemals mit Samba und Fußball assoziierte Nachbarland immer mehr die Züge einer imperialistischen Großmacht annimmt, welche den Nachbarländern die Bedingungen diktiert.

aus: ila 337, Juli/August 2010, [www.ila-web.de](http://www.ila-web.de)